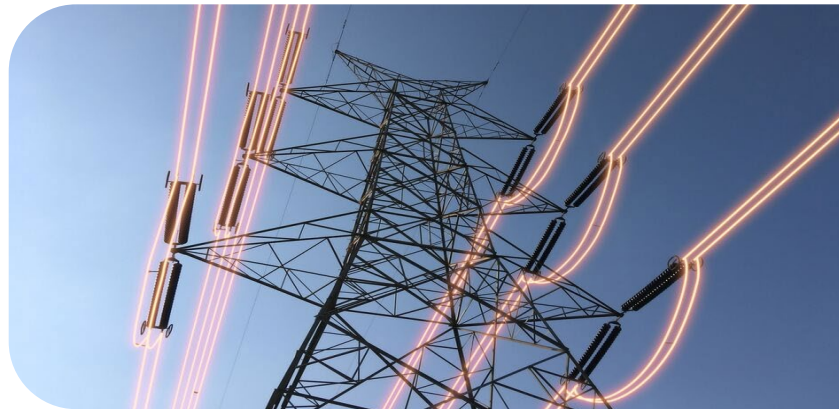




Juni 2026

PPAs **Zwischen EEG-Reform und** **Netzanschlusspaket**



Als Unternehmen im Bereich Entwicklung, Strukturierung und Abschluss langfristiger Stromabnahmeverträge (Power Purchase Agreements – PPAs) unterstützt Shell ausdrücklich die energiepolitischen Ziele der Bundesregierung, insbesondere den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, die Marktintegration von Grünstrom sowie die Dekarbonisierung der Industrie.

PPAs sind ein zentrales Instrument, um den Ausbau erneuerbarer Energien ohne Förderung voranzutreiben und gleichzeitig Investitionssicherheit für Projektentwickler sowie Preisstabilität für nachfragende Unternehmen zu schaffen. Die aktuell geplanten Änderungen werden die ohnehin geringe Liquidität des PPA-Marktes weiter reduzieren. Das kann mit den richtigen Maßnahmen verhindert werden.

Ziel muss es aus Shells Sicht sein, die Rahmenbedingungen für PPAs so zu gestalten, dass sie eine echte Alternative zur geförderten Vermarktung darstellen.

1. EEG-Reform und PPA-Markt: Auswirkungen und Handlungsempfehlungen

Damit Erneuerbare wann immer möglich ohne Förderung auskommen, ist eine Vereinbarkeit von Fördermechanismus und PPA essentiell. Dies wird auch in den EU-Empfehlungen für CfDs hervorgehoben. Im derzeit vorgeschlagenen zukünftigen CfD-Regime wird der Wechsel zwischen EEG-Förderung und der sonstigen Direktvermarktung allerdings nur noch eingeschränkt möglich sein:

- Innerhalb der ersten zehn Betriebsjahre kann der Anlagenbetreiber einmalig aus der Förderung aussteigen (Opt-Out). Eine Rückkehr in den Differenzvertrag ist ausgeschlossen. Eine Abschöpfung erfolgt nicht.
- Die monatliche Wechselmöglichkeit zwischen EEG-Förderung und sonstiger Direktvermarktung ist nur bei Beibehaltung des Abschöpfungsmechanismus möglich.

Die grundsätzliche Befürchtung, dass Anlagenbetreiber in Hochpreiszeiten aus der Förderung herauswechseln, um Gewinne zu erzielen und dann zur Absicherung von Verlusten wieder in die Förderung zurückkehren (sogenanntes Rosinenpicken), kann Shell nachvollziehen. Gleichzeitig bleibt der Entwurf des EEG hier extrem restriktiv. Die derzeit vorgesehene volle Abschöpfung basierend auf dem Jahresmarktwert macht einen Wechsel in die ungeförderte „Sonstige Direktvermarktung“ unattraktiv, da

es ohne einen Marktwertkorridor für die Abschöpfung zu wenig Spielraum für eine marktbasierende Vermarktung der Anlage gibt. Eine Kombinierbarkeit von Differenzverträgen und PPAs wird somit stark eingeschränkt, was dem PPA-Markt massiv schaden könnte. Als Konsequenz haben industrielle Verbraucher weniger Zugriff auf Grünstrom durch PPAs. Es fallen außerdem höhere Förderkosten für den Steuerzahler an.

Wir schlagen vor, dass eine Abschöpfung in der „sonstigen Direktvermarktung“ entfällt, insofern der Anlagenbetreiber das Marktrisiko übernimmt. Dies kann erreicht werden, wenn die Anlagen die Förderung für mindestens ein Jahr verlassen und den Wechsel mit einer angemessenen Vorlaufzeit ankündigen müssen. So wird das befürchtete Rosinenpicken ausgeschlossen.

Oft sichern sich EE-Anlagen in einer Ausschreibung einen Zuschlag als langfristige Erlösabsicherung, entscheiden sich jedoch, die Anlage zunächst außerhalb des Förderregimes zu vermarkten. Dies ermöglicht kurzfristige PPAs für Abnehmer und reduziert die Förderkosten. Diese Option sollte erhalten bleiben, indem für solche Anlagen eine einmalige CfD-Opt-in-Möglichkeit vorgesehen wird.

Sollte es politisch als notwendig angesehen werden, dass Projekte, die mehrfach zwischen Förderung und sonstiger Direktvermarktung wechseln können, einer Gewinnabschöpfung unterliegen, muss diese dringend auf eine Erlösbergrenze oberhalb des Jahresmarktwertes umgestellt werden, die durch einen Marktwertkorridor definiert wird. Eine Anwendung des jährlichen Referenzmarktwertes ohne Korridor schafft unattraktive oder eventuell sogar defizitäre Erlösbedingungen für die Anlagen, da sie weiterhin einer relativ niedrigen Abschöpfungsgrenze unterliegen, aber gleichzeitig auf eine Erlösabsicherung durch die Marktprämie verzichten. Als Konsequenz werden keine PPAs abgeschlossen.

Handlungsempfehlungen:

- Das monatliche Wechselmodell wird ohne Abschöpfung gestaltet. Dafür verlassen die Anlagen die Förderung mindestens für ein Jahr. Ein Wechsel der Vermarktungsform ist nur mit Vorlaufzeit (z.B. übernächstes Quartal) möglich. Das **flexible Opt-Out** sollte über die gesetzliche CfD-Förderlaufzeit mehrfach verwendet werden können.
- Bezuschlagten Projekte erhalten ein **einmaliges Opt-in** um in den CfD zu wechseln.
- Der gesetzlich vorgesehene vollständige **Opt-Out ohne Abschöpfung** sollte über die gesamte Förderdauer unterjährig möglich sein.
- Sollte eine Gewinnabschöpfung in der Sonstigen Direktvermarktung zwingend notwendig sein, sollte diese über eine Erlösbergrenze oberhalb des Jahresmarktwertes stattfinden, die durch einen **Marktwertkorridor** definiert wird.

2. Netzanschlusspaket und PPA-Markt: Auswirkungen und Handlungsempfehlungen

Der im Netzanschlusspaket enthaltene Redispatchvorbehalt wird von Verbänden und Marktakteuren zurecht scharf kritisiert. Das Instrument hat negative Auswirkungen auf ungeforderte Anlagen und verschlechtert dadurch die Rahmenbedingungen des PPA-Markts. Es erhöht die Risiken und senkt die Planungssicherheit. Dadurch verschlechtert sich die Bankability der Erneuerbaren-Projekte enorm. Dies kann dazu führen, dass eine Realisierung ausgeschlossen wird und dem PPA-Markt damit wichtige Liquidität entzogen wird.

Zudem ist die Logik des Redispatchvorbehalts undifferenziert in Bezug auf verschiedene erneuerbare

Technologien. Wind und PV haben sehr unterschiedliche Einspeiseprofile. In einem Netzgebiet, das z.B. durch viele PV-Anlagen Netzengpässe erfährt, kann der Zubau von Windanlagen trotzdem weiterhin sinnvoll sein, ohne die Netze stärker zu belasten. Und auch durch Co-Location mit einem Speicher lassen sich die Einspeiseprofile glätten, was der pauschale Charakter des Redispatchvorbehalts ignoriert.

Handlungsempfehlungen:

- Der Gesetzgeber sollte **besser geeignete Maßnahmen** ergreifen, um den Netzengpässen zu begegnen als den Redispatchvorbehalt, wie etwa ein beschleunigter Netzausbau und Digitalisierung.
- Sollte der **Redispatchvorbehalt** als Instrument der Wahl bestehen bleiben, sind Anpassungen notwendig. Bei der Definition von kapazitätslimitierten Gebieten sollte der auslösende Grenzwert deutlich höher als die vorgeschlagenen 3% liegen und technologiespezifische Aspekte berücksichtigt werden. Desweiteren sollte die jährliche Abregelung pro Anlage auf maximal 10 % der Einspeisung festgelegt werden, um das Ausfallrisiko quantifizierbar zu machen.

Abgesehen vom Redispatchvorbehalt stellt bereits die gültige Regelung zur Redispatch-Entschädigung förderfreie Anlagen schlechter als geförderte Anlagen. Wird eine förderfreie Anlage abgeregelt, wird die dadurch fehlende Einspeisung bilanziell ersetzt, sodass die Lieferverpflichtungen grundsätzlich erfüllt werden können.

Allerdings wird ein PPA gerade zum Zwecke einer Belieferung von Grünstrom abgeschlossen. Die grüne Eigenschaft des Stroms wird aber nicht physisch ersetzt, sodass den PPA-Abnehmern weniger Grünstrom zur Verfügung steht. Dies kann die Anrechenbarkeit in zentralen industriepolitischen Instrumenten wie der Strompreiskompensation, der Erzeugung von grünem Wasserstoff oder dem Industriestrompreis untergraben.

Das widerspricht dem Redispatch-Entschädigungsprinzip, wonach Anlagen durch Redispatch weder besser noch schlechtergestellt werden sollen. Das Risiko ist besonders schwerwiegend, da die Höhe der Abregelung einer Erneuerbaren-Anlage nicht vorhersehbar ist. Gleichzeitig werden ungeförderte Anlagen von Netzbetreibern oftmals aus Effizienzgründen vor geförderten Anlagen abgeregelt, da die finanzielle Entschädigung des Herkunftsnachweises günstiger ist als die Marktprämie. Die Anlagen, die somit mehr Marktpreisrisiko tragen und keine Förderkosten verursachen werden dadurch gleichzeitig häufiger abgeregelt und nachteilig entschädigt.

Handlungsempfehlungen:

- Anlagenbetreibern sollte **gestattet werden, Ersatz-Herkunftsnachweise (HKN)** für die kompensierten Strommengen zu beschaffen. Diese HKN sollten gemäß Artikel 19 der Richtlinie (EU) 2018/2001 im deutschen Herkunftsnachweisregister anerkannte HKN sein.
- Abgeregelte Strommengen sowie die beschafften Zertifikate müssen als **gleichwertig** mit Strom anerkannt werden, der aus der zugrunde liegenden, ungeförderten Erzeugungsanlage stammt.
- Ungeförderte Erneuerbaren-Anlagen sollten aufgrund des höheren wirtschaftlichen Schadens, den sie erleiden, **erst nach geförderten Anlagen abgeregelt werden**. Zudem sollte die Abregelung von EE-Anlagen begrenzt werden, um das Risiko bepreisen zu können – beispielsweise auf 10%.
- Der durch Redispatch **verursachte Schaden** sollte angemessen kompensiert werden. Eine praktikable Annäherung ist die Differenz zwischen dem PPA-Preis (der den Wert erneuerbaren Stroms widerspiegelt) und dem Day-Ahead-Preis (der den Wert von Graustrom widerspiegelt).

Cautionary Note

The companies in which Shell plc directly and indirectly owns investments are separate legal entities. In this document “Shell”, “Shell Group” and “Group” are sometimes used for convenience where references are made to Shell plc and its subsidiaries in general. Likewise, the words “we”, “us” and “our” are also used to refer to Shell plc and its subsidiaries in general or to those who work for them. These terms are also used where no useful purpose is served by identifying the particular entity or entities. “Subsidiaries”, “Shell subsidiaries” and “Shell companies” as used in this document refer to entities over which Shell plc either directly or indirectly has control. The term “joint venture”, “joint operations”, “joint arrangements”, and “associates” may also be used to refer to a commercial arrangement in which Shell has a direct or indirect ownership interest with one or more parties. The term “Shell interest” is used for convenience to indicate the direct and/or indirect ownership interest held by Shell in an entity or unincorporated joint arrangement, after exclusion of all third-party interest.

Forward-Looking Statements

This document contains forward-looking statements (within the meaning of the U.S. Private Securities Litigation Reform Act of 1995) concerning the financial condition, results of operations and businesses of Shell. All statements other than statements of historical fact are, or may be deemed to be, forward-looking statements. Forward-looking statements are statements of future expectations that are based on management’s current expectations and assumptions and involve known and unknown risks and uncertainties that could cause actual results, performance or events to differ materially from those expressed or implied in these statements. Forward-looking statements include, among other things, statements concerning the potential exposure of Shell to market risks and statements expressing management’s expectations, beliefs, estimates, forecasts, projections and assumptions. These forward-looking statements are identified by their use of terms and phrases such as “aim”; “ambition”; “anticipate”; “believe”; “commit”; “commitment”; “could”; “estimate”; “expect”; “goals”; “intend”; “may”; “milestones”; “objectives”; “outlook”; “plan”; “probably”; “project”; “risks”; “schedule”; “seek”; “should”; “target”; “will”; “would” and similar terms and phrases. There are a number of factors that could affect the future operations of Shell and could cause those results to differ materially from those expressed in the forward-looking statements included in this document, including (without limitation): (a) price fluctuations in crude oil and natural gas; (b) changes in demand for Shell’s products; (c) currency fluctuations; (d) drilling and production results; (e) reserves estimates; (f) loss of market share and industry competition; (g) environmental and physical risks; (h) risks associated with the identification of suitable potential acquisition properties and targets, and successful negotiation and completion of such transactions; (i) the risk of doing business in developing countries and countries subject to international sanctions; (j) legislative, judicial, fiscal and regulatory developments including regulatory measures addressing climate change; (k) economic and financial market conditions in various countries and regions; (l) political risks, including the risks of expropriation and renegotiation of the terms of contracts with governmental entities, delays or advancements in the approval of projects and delays in the reimbursement for shared costs; (m) risks associated with the impact of pandemics, such as the COVID-19 (coronavirus) outbreak, regional conflicts, such as the Russia-Ukraine war, and a significant cybersecurity breach; and (n) changes in trading conditions. No assurance is provided that future dividend payments will match or exceed previous dividend payments. All forward-looking statements contained in this document are expressly qualified in their entirety by the cautionary statements contained or referred to in this section. Readers should not place undue reliance on forward-looking statements. Additional risk factors that may affect future results are contained in Shell plc’s Form 20-F for the year ended December 31, 2023 (available at www.shell.com/investors/news-and-filings/sec-filings.html and www.sec.gov). These risk factors also expressly qualify all forward-looking statements contained in this document and should be considered by the reader. Each forward-looking statement speaks only as of the date of this document, [30.06.2026]. Neither Shell plc nor any of its subsidiaries undertake any obligation to publicly update or revise any forward-looking statement as a result of new information, future events or other information. In light of these risks, results could differ materially from those stated, implied or inferred from the forward-looking statements contained in this document.

Shell’s Net Carbon Intensity

Also, in this document we may refer to Shell’s “Net Carbon Intensity” (NCI), which includes Shell’s carbon emissions from the production of our energy products, our suppliers’ carbon emissions in supplying energy for that production and our customers’ carbon emissions associated with their use of the energy products we sell. Shell’s NCI also includes the emissions associated with the production and use of energy products produced by others which Shell purchases for resale. Shell only controls its own emissions. The use of the terms Shell’s “Net Carbon Intensity” or NCI are for convenience only and not intended to suggest these emissions are those of Shell plc or its subsidiaries.

Shell’s net-zero emissions target

Shell’s operating plan, outlook and budgets are forecasted for a ten-year period and are updated every year. They reflect the current economic environment and what we can reasonably expect to see over the next ten years. Accordingly, they reflect our Scope 1, Scope 2 and NCI targets over the next ten years. However, Shell’s operating plans cannot reflect our 2050 net-zero emissions target, as this target is currently outside our planning period. In the future, as society moves towards net-zero emissions, we expect Shell’s operating plans to reflect this movement. However, if society is not net zero in 2050, as of today, there would be significant risk that Shell may not meet this target.

Forward-Looking non-GAAP measures

This document may contain certain forward-looking non-GAAP measures such as [cash capital expenditure] and [divestments]. We are unable to provide a reconciliation of these forward-looking non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures because certain information needed to reconcile those non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures is dependent on future events some of which are outside the control of Shell, such as oil and gas prices, interest rates and exchange rates. Moreover, estimating such GAAP measures with the required precision necessary to provide a meaningful reconciliation is extremely difficult and could not be accomplished without unreasonable effort. Non-GAAP measures in respect of future periods which cannot be reconciled to the most comparable GAAP financial measure are calculated in a manner which is consistent with the accounting policies applied in Shell plc’s consolidated financial statements.

The contents of websites referred to in this document do not form part of this document.

We may have used certain terms, such as resources, in this document that the United States Securities and Exchange Commission (SEC) strictly prohibits us from including in our filings with the SEC. Investors are urged to consider closely the disclosure in our Form 20-F, File No 1-32575, available on the SEC website www.sec.gov.